

Bundeskanzler Dr. Kohl

(A) Meine Damen und Herren, daran, daß wir mehr Umweltschutz brauchen, kann es keinen Zweifel geben.

(Hoffmann [Saarbrücken] [SPD]: Sehr gut!)

Aber es geht darum, daß wir einen vernünftigen **Mittelweg zwischen Ökologie und Ökonomie** finden. Arbeit und nicht zuletzt soziale Sicherheit hängen in der Bundesrepublik Deutschland davon ab, ob wir unseren Rang als führende Industrienation in der Welt behaupten können. Umweltschutz ist wahrlich kein Privileg — auch kein moralisches Privileg — bestimmter Einzelgruppen und auch kein Vorwand, die Gesellschaft politisch verändern zu wollen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Umweltschutz ist eine Aufgabe unserer modernen Industriegesellschaft, aber es geht in dieser Industriegesellschaft nicht nur um Umweltschutz, sondern immer auch um Arbeit und Brot.

(Beifall bei der CDU/CSU — Stratmann [GRÜNE]: Eine Vergiftungsgesellschaft!)

Meine Damen und Herren, nach den Erfahrungen mit der Debatte um **Buschhaus** habe ich erhebliche Zweifel, ob die Opposition in diesem Hause in diesem Punkt überhaupt handlungsfähig ist.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, Umweltschutz mit Augenmaß ist in der heutigen Sozialdemokratie offensichtlich nicht denkbar.

(B) (Zuruf von der SPD: Buschhaus!)

Ich zitiere das, was von dieser Stelle aus der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Adolf Schmidt, in seiner Eigenschaft als Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion sagte:

Die dortigen Kollegen

— er meinte die Arbeitnehmer in Buschhaus —

behalten Arbeit, die sinnvoll ist, die erfüllt und am Ende auch glücklich macht ...

Nach diesem Zitat eines führenden deutschen Sozialdemokraten lese ich in Ihrem offiziellen Parteiorgan, im „Vorwärts“, Herr Kollege Brandt, folgendes, was sich auf die Äußerung des Kollegen Schmidt bezieht — Zitat —:

Mit einer solchen Argumentation kann man auch für die Todesstrafe eintreten, weil man dem Scharfrichter die Freude an der Arbeit nicht nehmen will.

(Zurufe von der CDU/CSU: Unerhört! Unverschämt! Unglaublich! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, was sollen wir von einer Partei halten, die behauptet, die Interessen der deutschen Arbeitnehmer zu vertreten, und die aus Gründen des Opportunismus jedem Zeitgeist in dieser Weise nachrennt?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Frau Dr. Däubler-Gmelin [SPD]: So, ein dummes Geschwätz!)

Herr Kollege Brandt, das wäre ein Feld der Gemeinsamkeit, wo wir gemeinsam vernünftige ökologische Beschlüsse und vernünftige ökonomische Daten setzen könnten.

(Frau Dr. Däubler-Gmelin [SPD]: Sie sind doch weggegangen! Aber das Gericht hat Sie belehren müssen! Reden Sie doch nicht immer die Unwahrheit!)

Meine Damen und Herren, in den knapp zwei Jahren unserer Amtszeit haben wir wichtige Ziele erreicht. In unserer Außenpolitik stehen wir fest auf der Seite der Freiheit, an der Seite unserer Freunde im Bündnis und sind berechenbare Partner für unsere Nachbarn im Osten.

(Frau Dr. Däubler-Gmelin [SPD]: So ein Geschwätz!)

Zwischen den beiden Staaten in Deutschland gibt es einen intensiven Dialog, vielfältige Kontakte, konstruktive Zusammenarbeit auf vielen Feldern.

(Vorsitz: Vizepräsident Stücklen)

Bei unserem Einsatz für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht haben wir mehr Freiräume für die Bürger geschaffen, Freiräume für Eigeninitiative und kreatives Handeln, für die Entfaltung der Persönlichkeit, für die Mitverantwortung für den Nächsten. Wir haben wieder Ordnung in den Staatsfinanzen. Wir haben solides Wirtschaftswachstum, und der Aufschwung ist da, und er geht weiter. Die Bundesrepublik Deutschland hat alle Chancen für die Zukunft. Wir müssen die Chancen nur gemeinsam nutzen.

(Schneider [Berlin] [GRÜNE]: Wir haben eine zufriedene Industrie und einen glücklichen Kanzler!)

Ich bin davon überzeugt, meine Damen und Herren, daß dieser Weg der politischen Mitte der richtige Weg ist, und ich bin sicher, daß die Koalitionsfraktionen, daß FDP, CSU und CDU diesen Weg gemeinsam mit dem in dieser Legislaturperiode erreichbaren Ziel gehen werden. Unsere Politik ist ein Angebot an alle Bürger, an die Unternehmer wie an die Arbeitnehmer, an die Jungen wie an die Alten. Wir wollen, daß unsere Bundesrepublik Deutschland, wir wollen, daß unser Vaterland seine Chance hat, und wir wollen dazu beitragen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Hoffmann [Saarbrücken] [SPD]: Bravo!)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Vollmer.

Frau Dr. Vollmer (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bundeskanzler, wir haben mit Ihrer langen Rede sehr viel Zeit verloren.

(Beifall bei den GRÜNEN — Hauser [Krefeld] [CDU/CSU]: Aber gut war sie! — Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Wir haben zwei gute lange Reden gehört, eine von Stoltenberg und eine vom Kanzler!)

Diese Rede hat für mich den Eindruck von Ihrer Regierungskunst nicht wesentlich verbessert,

Frau Dr. Vollmer

- (A) ebenso wie das, was wir in der Sommerpause von Ihnen und Ihrer Regierung erlebt haben, einen sehr schlechten Eindruck gemacht hat. Alle Gelassenheit und alles froh-getroste Holdrio des Kanzlers täuscht doch nicht darüber hinweg, daß er, wenn ich richtig sehe, einen politischen Herbst des Mißvergnügens vor sich hat und daß er politisch geschwächt aus dieser Sommerpause in diesen Herbst geht.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Wenn ich es richtig sehe, so gab es allein in diesen letzten zwei Monaten drei Waterloos dieser Regierung, und wie weiland Napoleon hüpfte sie nun von Insel zu Insel, um eine Fluchtburg zu finden.

(Beifall bei den GRÜNEN — Zurufe von der SPD — Lachen bei der CDU/CSU)

Das erste war das demokratisch-parlamentarische Waterloo: der offene Sprung rückwärts über den Zaun gegenüber den eigenen parlamentarischen Entscheidungen im Fall Buschhaus. Das zweite war das ökonomische Waterloo: ein rasanter Kniefall vor der Autoindustrie in der Frage des Katalysatorautos bis zur Lächerlichmachung des Innenministers. Das dritte war das deutschlandpolitische Waterloo: die Absage des Honecker-Besuchs nach über einem Jahr reger deutsch-deutscher Frühlingschwalben; und es hat mich nur gewundert, Herr Bundeskanzler, wie viele Federn davon Sie sich in Ihrer Rede an Ihren Jägerhut haben heften wollen, die Sie sich gar nicht erarbeitet haben.

- (B) (Freiherr von Schorlemer [CDU/CSU]: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Ich habe bei diesen Niederlagen der Regierung keinen Anlaß, unsere Rolle als Opposition dabei herunterzuspielen. Aber das Interessanteste an diesen drei Ereignissen ist, daß sie jeweils die heftigsten Brüche und Verwerfungen gerade im konservativen Lager, gerade in Ihren Reihen gezeigt haben. Da kann man beim Zusehen schon atemlos werden.

(Dr. Hackel [CDU/CSU]: Beim Zuhören!)

Insbesondere in der Frage der **Deutschlandpolitik** haben wir lange darauf gewartet, daß der Streit endlich, endlich da losgeht, wo er von Anfang an seine entscheidende Ursache und seinen Sitz im Leben hatte, nämlich in Ihren Reihen selber, im konservativen Lager.

(Zuruf des Abg. Dr. Hackel [CDU/CSU])

Wie tiefgreifend dieser Bruch in Ihren Reihen ist, will ich Ihnen allein an den verschiedenen **Erklärungsmustern** zeigen, die für diese Absage herangezogen wurden.

Das erste Erklärungsmuster lautet: Entscheidend für die Absage war massiver Druck — eine **Kampagne aus Moskau** — auf Erich Honecker und die DDR. So lautet die Erklärung von Alfred Dregger, natürlich auch vom Bundeskanzler, der sein Freund ist, und von all denen in der CDU, denen Herr Dregger zwar voll aus dem Herzen gesprochen hatte, die dann aber doch etwas über die Wirkungen erschrecken. Auch ein großer Teil der Bevölkerung sieht

hierin noch die Hauptursache — was ich nicht vergessen will. (C)

(Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Absoluter Unsinn, was Sie da reden!)

— Ich denke, das müßte Ihnen doch passen, daß ich dies so erwähne.

(Freiherr von Schorlemer [CDU/CSU]: Sie haben heute morgen nicht aufgepaßt!)

Das zweite Erklärungsmuster: Es gab auf bundesdeutscher Seite bei der Vorbereitung dieses Besuchs einen katastrophalen, unverantwortlichen **Dilettantismus**, eben jene „diplomatische Großmeisterei“, die von Herrn Strauß, von Herrn Genscher, von dem Großteil der SPD und wohl auch von dem Bundespräsidenten so getadelt wurde. Da wurden mögliche Gesprächsthemen schon vorher ausgegrenzt oder schon vorher öffentlich beantwortet; Protokoll- und Statusfragen wurden in einer Weise erörtert, die nur einer Herabsetzung des Besuchers dienen konnten; ja, sogar die Grenzfestsetzung am Nordostufer der Elbe mußte vorher amtlich und öffentlich hinausposaunt werden.

(Freiherr von Schorlemer [CDU/CSU]: Sie waren doch heute morgen da!)

Das dritte Erklärungsmuster lautet: Es gab offensichtlich auch bei unseren westlichen Bündnispartnern **Unbehagen über dieses Wachsen des deutsch-deutschen Dialogs**, zumal sich die Bundesrepublik damit auch wirtschaftlich eine Sonderstellung im Ost-West-Handel erkaufte. Das brachte die gegenüber westlicher Kritik immer ganz besonders willfährige Bundesregierung dann zum Trudeln und zu den bereitwilligen öffentlichen Äußerungen, es werde sowieso nur über einige deutsch-deutsche „Spezereien“ wie Umweltschutz und Reiseerleichterungen geredet — was die Gespräche für die DDR politisch völlig unattraktiv in schwieriger Zeit machen mußte; ganz zu schweigen von dem provozierenden Faktum, daß ausgerechnet zwei Wochen vor dem geplanten Besuchstermin zum ersten Mal seit 17 Jahren ein deutscher Bundeskanzler auf einem Vertriebenentreffen auftreten mußte. (D)

(Dr. Dregger [CDU/CSU]: Das war sehr gut!)

Es gibt in der Vorgeschichte dieses Besuchs Ereignisse, die zu denken geben. Gerade wenn man der Einschätzung war, daß die Sowjetunion derzeit eine deutsch-deutsche Annäherung keineswegs unterstützt, hätte man um so sensibler darauf achten müssen, jeden Anschein der Abwertung oder Beschränkung dieses Besuchs und seiner Gesprächsthemen zu vermeiden. Gerade dann hätte man nicht den peinlichen Eindruck erwecken dürfen, die DDR lasse sich einfach Grundpositionen durch Kredite abkaufen. Sie, Herr Dregger, waren daran sehr wohl beteiligt.

(Zuruf des Abg. Dr. Dregger [CDU/CSU])

Oder aber man muß zu dem Schluß kommen, daß es bestimmte Kreise in der CDU gibt, die mit der Behandlung des Honecker-Besuchs im politischen

Frau Dr. Vollmer

- (A) Vorfeld diesen Besuch geradezu unmöglich machen wollten.

(Freiherr von Schorlemer [CDU/CSU]: Purer Quatsch!)

Ich versuche im folgenden, zu begründen, warum wir der Überzeugung sind,

(Freiherr von Schorlemer [CDU/CSU]: Purer Quatsch!)

daß gerade beim heutigen Stand der Friedens-, der Ost- und der Deutschlandpolitik die Bundesregierung sich notwendigerweise genau in den Fallen verfangen mußte, die sie sich von Anfang an durch die Anlage und das Konzept ihrer Deutschlandpolitik selber aufgestellt hatte.

Meine Damen und Herren, die Situation, in der wir uns im Augenblick, knapp ein Jahr nach der Bewilligung der Raketenstationierung durch diesen Bundestag, befinden, erscheint mir merkwürdig ähnlich derjenigen in der unmittelbaren Nachkriegszeit von 1945 bis 1955. Wir stehen wieder vor einer entscheidenden Frage von Krieg und Frieden. Wir stehen wieder vor der Frage: Welche **Rolle** soll eigentlich eine **deutsche Republik in der Mitte Europas** spielen? Auf Grund unserer Geschichte, auf Grund unserer Lage und unserer Kultur, aber auch auf Grund der Völker und Landsmannschaften, die sich im Ein- und Auswanderungsland Deutschland, bei uns, gemischt haben,

- (B) (Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Wir sind kein Einwanderungsland!)

— wir waren immer ein Einwanderungsland —

(Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Hessen vielleicht, aber nicht die Bundesrepublik!)

gab es immer zwei Möglichkeiten: Entweder sind wir ein **fester Bestandteil des Westens**, oder wir sind ein **Land in der Mitte Europas** mit der ausdrücklichen Aufgabe, eine **Brückenfunktion** zu erfüllen. Die nationalsozialistische und kaiserlich-imperialistische Variante, diesem Konflikt zu entfliehen, indem wir uns Ost wie West in gleicher Weise militärisch unterzuordnen versuchen, will ich einmal auslassen.

Beide Positionen aber — das ist mir wichtig — sind immer mögliche konservative Positionen gewesen. Die CDU Adenauers hatte sich eindeutig für das Erstere entschieden. Die Begründung hieß damals — ich nehme das jetzt positiv —: Wir müßten aufhören mit der Schaukelpolitik oder mit der Politik von Rapallo, wir seien eben keine Wanderer zwischen beiden Welten; ein Satz, der in den Zitatenschatz unseres Kanzlers sehr gut einging.

Möglich war diese Position, weil ein westliches halbes Deutschland damals den Alliierten weniger bedrohlich erschien, und leicht fiel diese Position einem Mann wie **Konrad Adenauer**, weil er von Naturell und Herkunft her eindeutig ein Mann des Westens, ein Mann des Großkapitals und ein Antikommunist war; ein Mann des Westens, weil für ihn

sowieso jenseits der Elbe schon halb Sibirien begann (C)

(Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Das ist ja unglaublich!)

und weil er Berlin und die Preußen nicht mochte; ein Mann der Großindustrie, weil für die von ihm angestrebte wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zur Nummer eins in Europa der westliche Teil Deutschlands Ressourcen und Arbeitskräfte genug hatte, und ein Mann des Antikommunismus, weil für ihn die Sowjetunion immer ein Stück politische Unkultur und Tyrannei darstellte, das er weder verstehen konnte noch wollte.

(Freiherr von Schorlemer [CDU/CSU]: Wer war denn 1955 in Moskau?)

Ebenso fiel es ihm, Adenauer, sicher nicht allzu schwer, beim Aufbau seines neuen Deutschlands auf die Menschen aus den ehemaligen Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung in Sachsen, Thüringen und Berlin zu verzichten.

Aber es gab schon damals in Ihren Reihen eine **Gegenposition**, von Jakob Kaiser und der „Frankfurter Zeitung“, von Heinemann und Helene Wessel, vorformuliert auch in den Kreisen der Widerstandsbewegung des 20. Juli. Dieser Teil des deutschen Konservatismus und Liberalismus wollte Deutschland ganz bewußt als Land in der Mitte Europas sehen: dezentral und föderal organisiert mit einer Stützung der agrarischen und der mittelständischen Wirtschaftsformen gegenüber den Interessen der Großindustrie. Die weitestgehenden Positionen vertraten eine strenge politische Neutralität, einen deutschen Sonderweg, und bekämpften die Wiederaufrüstung. Auf diese Kräfte zielte Stalins Note 1952. Mit diesen Kräften rechnete auch Churchill noch 1953, wie neuere Dokumente deutlich be- (D) wiesen haben.

Wollte man die Einheit Deutschlands wirklich erhalten — das war ja das Thema des heutigen Nachmittags von Ihrer Seite —, damals bestand die Chance, sie wenigstens auf dem Verhandlungsweg auszuloten als reale politische Möglichkeit. Daß es dazu damals nicht gekommen ist, ist weder dem Druck der Sowjetunion noch dem Druck der Westalliierten allein, noch dem diplomatischen Dilettantismus Ihres „Großvaters“ zu verdanken gewesen, sondern es war die erklärte politische Absicht eines Teils der CDU, die Absicht Adenauers und der sich entwickelnden deutschen Großindustrie.

Es gehörte zu den politischen Meisterstücken der Adenauerschen Ära, dieses Faktum der bewußten, gezielten, geplanten Aufgabe der Einheit Deutschlands durch einseitige Westintegration und wirtschaftliche und militärische Wiederaufrüstung immer noch zu verbinden mit den Forderungen in der **Präambel des Grundgesetzes** und dem darin enthaltenen **Wiedervereinigungsgebot**.

(Freiherr von Schorlemer [CDU/CSU]: Lehnen Sie die Präambel ab?)

Ich kann es ganz persönlich sagen, daß meine Generation und ich lange gebraucht haben, um diese Lüge, von der Wiedervereinigung Deutschlands zu

Frau Dr. Vollmer

- (A) reden und die endgültige Spaltung zu wollen und zu zementieren, zu entlarven und den damit verbundenen Antikommunismus, mit dem wir alle aufgewachsen sind, zu überwinden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD — Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Sie können nicht für Ihre Generation sprechen!)

Ich verfolge weiter den Streit im konservativen Lager um die Richtung der **Ost- und Deutschlandpolitik**. Er brach in dem Streit um die Deutschlandpolitik Willy Brandts neu auf, nur daß er sich hier leichter hinter lautstarken Angriffen auf diese Ostpolitik verstecken konnte. Der heutige Bundeskanzler war, wie man hört — er ist stolz darauf —, damals Gegner der Ostverträge, der Bundespräsident war Befürworter. Geändert hatte sich im wesentlichen die Haltung der deutschen Industrie, da sie durch die Möglichkeit des beginnenden Osthandels die wirtschaftspolitischen Interessen der Bundesrepublik in Zeiten wirtschaftlicher Krisen gut gewahrt sah. Wir kriegten bei dem beginnenden Osthandel die Nase sozusagen gut in den Wind. Die zentrale Rolle von Erzkapitalisten wie Berthold Beitz spricht dabei ebenso für sich wie die Leichtigkeit, mit der gerade Franz Josef Strauß in die Fußstapfen einer solchen SPD-Ostpolitik als offensiver Wirtschaftspolitik schlüpfen konnte. Herr Kollege Brandt, das hatte ich gemeint, als ich gesagt habe, ob es Sozialdemokraten nicht wenigstens zu denken gibt, wie leicht sich ein Herr Strauß in diese Tradition hineinstellen kann. Ich meine — damit auch das klar ist — allerdings, daß die Zeiten heute anders sind als damals.

Der Bruch im konservativen Lager über diese Politik blieb auch deshalb begrenzt, weil ja die Ostpolitik der SPD die eindeutige Westbindung der Bundesrepublik keineswegs in Frage stellte und auch damals nicht in Frage stellen konnte, die weitergehenden und interessanten Positionen von Egon Bahr über die Sicherheitspartnerschaft in der Mitte Europas einmal ausgenommen. Nein, diese SPD-Politik trieb diese sogar in der Person von Helmut Schmidt mit seinem aktuellsten Vorschlag aus dem letzten Jahr, wir sollten uns doch unter den atomaren Schirm der Force de Frappe begeben, regelrecht auf die Spitze.

Meine Damen und Herren, die in diesem Hause viel beschworene sogenannte **Gemeinsamkeit der Demokraten in der Deutschlandpolitik** hat ihren entscheidenden Knacks durch die Entscheidung im letzten Herbst über die **Stationierung amerikanischer Raketen auf deutschem Boden** bekommen. Ich wünschte, Sie würden begreifen, daß dies für uns der Anlaß ist, diese Gemeinsamkeit nicht mehr mit tragen zu können; denn seit der genannten Entscheidung ist die Hauptaufgabe der Deutschlandpolitik die Friedenspolitik geworden. Sie haben es nur noch nicht gemerkt, daß es zu diesem entscheidenden Knacks gekommen ist.

Das gemeinsame Konzept der **Westintegration der Bundesrepublik** hatte ja zwei Säulen. Diese beiden Säulen sollten der Bevölkerung dieses Konzept akzeptabel machen. Die eine Säule war die, daß wir

durch diese Westintegration eine wirtschaftliche Prosperität erlangten, die uns zu einem der reichsten Länder dieser Erde machte. (C)

(Freiherr von Schorlemer [CDU/CSU]: Sind Sie dagegen?)

Die andere war die Illusion, daß diese Integration in das westliche Bündnis uns europapolitisch größere Stabilität, Sicherheit und dauerhaften Frieden in der Mitte Europas verleihen würde.

(Dr. Faltlhauser [CDU/CSU]: Von Freiheit keine Rede!)

Nun, der wirtschaftliche Lack bröckelt, und die Illusion der größeren Sicherheit ist in weiten Teilen unserer Bevölkerung zerbrochen. Die Friedensbewegung hat ihren entscheidenden Einbruch in breiteste Teile der Bevölkerung — gerade auch der konservativen Bevölkerung — nur deshalb erzielen können, weil sie klarmachen konnte, daß für uns das Durchboxen der Pershings und Cruise Missiles etwas äußerst Wertvolles weiter abbauen mußte, nämlich unsere nationale Souveränität. Wir haben uns mit dieser Entscheidung in die Situation begeben, daß über Sein oder Nichtsein der Länder in der Mitte Europas die Herrschenden in Washington und Moskau entscheiden. Seit diesem Faktum ist offenbar: Der alte Satz, der immer gegolten hatte: Was den Westen stärke, nütze auch unseren deutschen nationalen Interessen, hat sich genau in sein Gegenteil verkehrt. Heute gilt: Was die Interessen der USA stärkt, bedroht uns auf die elementarste Weise, in der ein Volk bedroht werden kann.

Allen leichtfertigen Beteuerungen des Kanzlers zum Trotz hatte diese Stationierung erhebliche Folgen für unsere nationale Souveränität. Sie hat auch Folgen für das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander. Sie hat die Kriegsgefahr erhöht. (D)

Ein Lieblingswort unseres Kanzlers ist dieses: Wir haben die **Lektion der Geschichte** gelernt. Ich sage Ihnen, Herr Bundeskanzler: Das Ergebnis Ihres Lernens ist nicht überzeugend, nicht für meine Generation.

(Beifall bei den GRÜNEN — Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Das ist eine Anmaßung! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Die Bundesrepublik zum wirtschaftlichen Koloß zu machen, sie in zentralen politischen Fragen von der US-Regierung — noch dazu von einer Reagan-Regierung — abhängig zu machen, sie für drohende militärische Auseinandersetzungen zum Niemandland zwischen den Blöcken zu erklären und sie gleichzeitig kulturell völlig dem „American way of life“ auszuliefern — das kann für uns kein überzeugendes Ergebnis des Lernens aus der deutschen Geschichte sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will versuchen, zu sagen, welche Lektion wir aus der Geschichte lernen wollen:

Erstens. Wir fühlen uns der Tradition eines anderen Deutschlands verpflichtet, eines Deutschlands

Frau Dr. Vollmer

(A) — in der Mitte Europas gelegen — mit einer durchaus bescheidenen Bedeutung im Rahmen der Weltpolitik und mit wichtigen kulturellen Traditionen. Dabei wissen wir, daß die Menschen, die dieses Deutschland in der Vergangenheit suchten, im Rahmen der deutschen Staaten eigentlich niemals so recht einen Platz hatten. Deshalb war und ist das Vertreiben und Ausbürgern in Deutschland noch immer groß im Schwange.

(Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Meinen Sie Herrn Biermann?)

Nicht wahr, Herr Geißler und Herr Hennig, wenn Sie könnten, wie Sie wollten, dann würden Sie uns schon gerne ein bißchen Exil verpassen, wenigstens aus diesem Parlament.

(Freiherr von Schorlemer [CDU/CSU]: Sie wollen doch selber rotieren! — Schneider [Berlin] [GRÜNE]: Das war wieder ein Geistesblitz!)

Zweitens. Es ist kein Zufall, daß in den Reihen der GRÜNEN, der Ökologie- und der Friedensbewegung so viele Menschen aus dem Kreis der Gegner der alten Adenauer-Politik und der Ostermarsch-Bewegung sind neuerdings aber auch viele ehemalige Bürger der DDR; — nicht nur neuerdings; sie haben die GRÜNEN mit gegründet. Es sind solche, die keinesfalls zu beglückten Anhängern des bundesrepublikanischen Systems wurden. Wir verstehen uns deshalb auch personell als eine deutschlandpolitische Alternative zum sogenannten Konsens aller Demokraten in der Frage der bestehenden Deutschlandpolitik.

(B)

Drittens. Wir sind keine Utopisten, sondern Realisten.

(Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Das haben wir gehört!)

Als Realisten tragen wir auch die Konsequenzen einer Deutschlandpolitik, die fast 40 Jahre allein auf Westintegration gesetzt hat. Jetzt sage ich einen sehr harten Satz. Aber wir tragen sie in derselben Weise, wie wir auch die Hypothek mitschleppen, Töchter und Söhne einer Nation zu sein, die hauptverantwortlich zwei Weltkriege verursacht hat.

(Frau Hürland [CDU/CSU]: Das ist unerhört!)

Konkret: Wie das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges in der Aufrichtung der Blocksysteme mitten in Europa gipfelte, so ist die **Existenz zweier deutscher Staaten und zweier Gesellschaftssysteme auf deutschem Boden** das Ergebnis der 40 Jahre währenden Deutschlandpolitik unter Ihrer Verantwortung. Wir tragen diese Konsequenzen, und wir tragen sie durchaus mit Wut und auch mit Trauer.

Viertens. Deswegen, gerade deswegen treten wir für die Anerkennung der Realitäten ein, wie sie in Deutschland entstanden sind: der zwei Staaten und der zwei Staatsbürgerschaften, der Grenze in der Mitte der Elbe, der gegenseitigen Botschaften; wir sind jedoch für die Beseitigung so anachronistischer Namen und Erscheinungen wie z. B. eines Ministeriums mit dem Namen „innerdeutsch“ und

sinnloser Protokollfragen bei gegenseitigen Besuchen. (C)

Fünftens. Wir halten es für falsch, es wieder für selbstverständlich zu erklären, über die Frage der **nationalen Einheit Deutschlands** nachzudenken,

(Freiherr von Schorlemer [CDU/CSU]: Die Mauer wollen Sie auch anerkennen?)

wie es etwa der Bundespräsident — z. B. mit seinem Verweis auf die Geschichte der Polen und der Iren — tut. Der Zeitraum, in dem es viele Staaten auf deutschem Boden gab, ist unendlich viel länger als die Zeit der nationalen Einheit Deutschlands, die von 1871 bis 1945 gedauert hat. Letzteres war einer der unglücklichsten Zeitläufe in der deutschen Geschichte. Zehn Jahre verbrachten wir mit Weltkriegen, zehn Jahre mit Aufrüstungen für Weltkriege, die Auseinandersetzung mit Frankreich und den Kolonialismus nicht eingerechnet. Wir wünschen uns diese Zeiten nicht zurück.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechstens. Wir haben gelernt und noch zu lernen, daß die **Stationierung amerikanischer Raketen** auf unserem Boden Folgen hatte. Auch der Herr Bundeskanzler wird dies endlich lernen müssen. Es hatte Folgen: Unser Spielraum ist enger geworden. Die Einschränkung unserer politischen Souveränität in entscheidenden Lebensfragen und die Kriegsgefahr wiegen sehr viel schwerer als die Existenz zweier deutscher Staaten auf deutschem Boden.

Siebtens. Nach einer Zeit großer gesellschaftlicher Auseinanderentwicklung in den 70er Jahren, in der sich die Menschen in Ost und West — wir bedauern das — auch schlecht verstanden haben, hat die augenblickliche extreme gemeinsame Bedrohung durch die **Militärpotentiale der Supermächte** und durch die **ökologischen Zerstörungen der Umwelt** die Deutschen in Ost und West gezwungen, im Bewußtsein ähnliche gemeinsame Entwicklungen aufeinander zu zu machen und nach ähnlichen gemeinsamen Lösungsvorstellungen und Zielperspektiven zu suchen. (D)

Auf der Basis der Anerkennung der politischen Realitäten treten wir deshalb für eine wachsende **Annäherung der Menschen in beiden Gesellschaftssystemen** ein. Wir streben Kontakte auf allen gesellschaftlichen Ebenen an, wo immer sie möglich sind, sozusagen eine Vernetzung von unten. Dabei sind wir der Meinung, daß es in der Bundesrepublik durchaus ein großes Defizit an Informationen über das Leben, die Arbeit und die politischen Hoffnungen der Menschen in der DDR gibt.

(Dr.-Ing. Kansy [CDU/CSU]: Das stimmt, bei Ihnen besonders!)

Auch von unserer Seite gibt es viele Mauern zu überwinden.

(Beifall bei den GRÜNEN — Freiherr von Schorlemer [CDU/CSU]: Sie wollen die Mauer doch anerkennen!)

Achtens. Wir sind nicht der Meinung, daß die Auflösung der bedrohlichen Lage in der Blockkonfrontation nur in Washington und Moskau geschehen

Frau Dr. Vollmer

- (A) könne. Das merken wir auch kritisch zu dem an, was Sie gesagt haben, Herr Kollege Brandt. Wir erwarten von weiteren Gesprächen zwischen den verantwortlichen Staatsmännern in beiden deutschen Staaten wichtige Initiativen, die aus einer besonderen Verantwortung der Deutschen für den Frieden in Europa entspringen. Sie, Herr Bundeskanzler, reden so gern von dem, was Ihre Pflicht ist. Dies im Sinne des Friedens zu tun — das genau wäre Ihre Pflicht, aber Sie haben eine Chance dafür versäumt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine solche Initiative könnte ein gemeinsames Gewaltverzichtsabkommen, eine Friedensinitiative auf der Stockholmer Konferenz sein. Als weitestgehende Perspektive wünsche ich mir eine gemeinsame **deutsch-deutsche Friedensinitiative auf der Ebene der UNO**.

Neuntens. Das Konzept der einseitigen Westintegration haben wir durchgeführt — fast — bis zum bitteren Ende. Es hat uns auch aus der Sicht all dessen, was Konservativen wert und wichtig ist und sein müßte, nichts Gutes gebracht. Es wird Zeit, daß wir in der Deutschlandpolitik einen neuen Weg beschreiten. Wir möchten Sie bitten, diesen Weg mit uns zu überlegen. Wir sind — das sage ich bewußt — in der Frage des Friedens lieber friedenspolitische Wanderer zwischen zwei Welten als Geisel der einen oder anderen Supermacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Ich bin auch der Meinung, daß ein solches Konzept für eine Stadt wie Berlin ganz andere Aufgaben bietet als ihre jetzige Existenz als eine sozial ausblutende Stadt und ein bloßer Zankapfel zwischen den Supermächten.

Ich komme zum Schluß: Warum ist der **Honecker-Besuch** gescheitert? Natürlich gab es eine Pressekampagne aus Moskau. Natürlich gab es einen erschreckenden Dilettantismus und unwürdige Statusdiskussionen auf unserer Seite. Natürlich hat die Bundesregierung die inhaltliche Bedeutung dieses Besuches auf Kosten ihres Gastes in unverantwortlicher Weise — zur Beruhigung der westlichen Alliierten — herabgesetzt. Aber der eigentliche Grund ist wohl, daß die verantwortlichen Deutschlandpolitiker und die Verantwortlichen in der Regierung nicht begreifen und nicht begriffen haben, was die Stunde geschlagen hat und welche Chance angesichts der vollzogenen Raketenstationierung in einem deutsch-deutschen Dialog im Jahre 1984 wirklich gelegen hätte.

Herr Bundeskanzler, ich werde den Eindruck nicht los, daß Erich Honecker diesmal mehr begriffen hatte von den Lehren, die man aus diesem letzten Jahr ziehen müßte, als Sie und Ihre Mannen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Stücklen: Das Wort hat der Herr Bundesminister des Auswärtigen.

Genscher, Bundesminister des Auswärtigen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist wohl jedem von uns in den letzten Wochen noch bewußter geworden, wie sehr unsere Lage im Herzen Europas und wie sehr unser Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn Gewicht für die **West-Ost-Beziehungen** insgesamt hat. Alles, was bei uns in diesem Zusammenhang gesagt und geschrieben wird, verfolgen und kommentieren unsere Nachbarn — übrigens in West und Ost, Frau Kollegin Vollmer — mit großer Aufmerksamkeit.

Uns allen sind erneut die Verantwortung und die Probleme vor Augen geführt worden, die sich aus der Mittellage Deutschlands ergeben. Diese Lage verlangt von uns und unserer Politik zuallererst Behutsamkeit. Sie verlangt Stetigkeit, aber auch Augenmaß bei der Einschätzung unserer Möglichkeiten. Das müssen wir bei unserem Handeln und unseren Äußerungen bedenken. Dazu gehört auch, daß jeder unter uns zu unterscheiden weiß zwischen der unverzichtbaren Analyse und vordergründigen, auf innenpolitische Wirkungen abgestellten Schuldzuweisungen.

Meine Damen und Herren, über 20 Jahre hat die Bundesrepublik Deutschland gebraucht, um in einer organischen Entwicklung ihr Verhältnis zwischen West und Ost in ein ausgewogenes Maß zu bringen, in ein Maß, das unserer geographischen Lage, unserer Geschichte, unseren Sicherheitsinteressen und unseren Überzeugungen entspricht.

Was dabei erreicht wurde, darf jetzt nicht aufs Spiel gesetzt werden.

(Schneider [Berlin] [GRÜNE]: Das sagen Sie Herrn Kohl!)

Es war ein Gewinn für unser Land, Herr Kollege, daß das vorrangige Ziel der **Westintegration** nach harten Auseinandersetzungen schließlich zum Bestandteil innenpolitischer Übereinstimmung wurde.

Hier muß heute die Frage ansetzen, ob wir das jetzt noch mit solcher Selbstverständlichkeit sagen können und welche Wirkungen es in West und Ost hat, wenn das nicht mehr so ist.

(Schneider [Berlin] [GRÜNE]: Richtig!)

Ich denke, daß Frau Kollegin Vollmer heute die Position der GRÜNEN in einer Weise dargelegt hat, die nunmehr jeden Zweifel daran beseitigt, daß die GRÜNEN eine neutralistische Position außerhalb der westlichen Gemeinschaft anstreben und daß das ihr politisches Ziel ist.

(Stratmann [GRÜNE]: Sie Schnellmerker!)

— Es muß ja darüber gesprochen werden; die Aufstellung dieser Forderung allein reicht nicht, Herr Kollege.

Die Auswirkungen, die sich daraus ergeben, müssen untersucht werden; die Auswirkungen, die sich daraus ergeben, daß unser Land ein weiteres Mal zu einem unberechenbaren Faktor der europäischen Wirklichkeit werden könnte.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU — Schneider [Berlin] [GRÜNE]: Woran lag denn die Unberechenbarkeit?)